

---

Vorstoss-Nr: 067-2011  
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 11.03.2011

Eingereicht von: Leuenberger (Trubschachen, BDP) (Sprecher/ -in)  
Wüthrich (Huttwil, SP)  
Antener (Langnau i.E., SP)  
Küng-Marmet (Saanen, SVP)  
Grimm (Burgdorf, Grüne)  
Widmer (Wanzwil, BDP)  
Zäch (Burgdorf, SP)  
Haldimann (Burgdorf, BDP)  
Baumberger (Langenthal, FDP)  
Kummer (Burgdorf, SVP)  
Jenni (Oberburg, EVP)  
Zumstein (Bützberg, FDP)  
Guggisberg (Ittigen, SVP)  
Meyer (Roggwil, SP)  
Friedli (Sumiswald, EDU)  
Pieren (Burgdorf, SVP)  
Sommer (Wynigen, FDP)  
Sutter (Grosshöchstetten, FDP)  
Kronenberg (Biel/Bienne, glp)  
Brönnimann (Mittelhäusern, glp)  
Rufener (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit: Ja 31.03.2011

Datum Beantwortung: 18.05.2011  
RRB-Nr: 849/2011  
Direktion: BVE

---



### **Zur Vorlage eines Berichtes betreffend Reorganisation der Berner Fachhochschule mit dem Ziel des frühzeitigen Einbezugs des Grossen Rates**

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. dem Grossen Rat einen Bericht betreffend Reorganisation der Berner Fachhochschule vorzulegen, der
  - a. die Details der öffentlich kommunizierten Standortevaluation transparent aufzeigt
  - b. die kurz-, mittel- und langfristige Finanzierung der Gebäudebetriebskosten (insbesondere der Mietkosten) der geplanten Massnahmen detailliert darlegt
  - c. die regionalwirtschaftlichen und -politischen Auswirkungen der Standortkonzentration in den Ballungszentren Bern und Biel sowie für die Regionen Emmental und Oberaargau einbezieht und die Übereinstimmung mit der kantonalen Wachstumsstrategie Version 2007, der kantonalen Regionalpolitik sowie den Richtlinien der Regierungspolitik nachweist

- d. die kurz-, mittel- und langfristige Finanzierung der Investitionen für die geplanten Massnahmen detailliert darlegt
  - e. die zukünftige Verwendung bzw. Umnutzung von nicht mehr benötigten Liegenschaften und Einrichtungen sowie die dafür nötigen Investitionen aufzeigt
  - f. die bereits überlasteten Verkehrsträger in der Region Bern sowie mögliche Folgeinvestitionen in die Analyse einbezieht
  - g. eine dezentrale Konzentration der Fachhochschule an den heutigen drei Standorten in der gleichen Planungstiefe aufzeigt und dem gefassten Standortentscheid mit Vor- und Nachteilen gegenüberstellt
  - h. die angestrebte Zentralisierung der BFH ausreichend und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Konkurrenz in anderen Kantonen sowie bestehender Partnerschaften (insbesondere Hauptstadtreion) begründet, unter Berücksichtigung der vor allem in Bern verbleibenden starken Dezentralität
2. bis zur Diskussion des Berichts im Grossen Rat keine Massnahmen zu treffen oder Verbindlichkeiten einzugehen, welche die Reorganisation finanziell oder anderweitig präjudizieren

**Begründung:**

Der Standortentscheid für die zukünftige Berner Fachhochschule liegt grundsätzlich in der Kompetenz des Regierungsrates. Der Entscheid löst jedoch hohe Investitionskosten aus, die der Grosse Rat bewilligen muss. Für den Standortentscheid des Regierungsrates standen die betrieblichen und immobilien-spezifischen sowie die bildungspolitischen Kriterien im Vordergrund. Im Grossen Rat werden jedoch nach dem Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung zusätzlich regionalwirtschaftliche, verteilungspolitische, verkehrspolitische oder gesellschaftspolitische Kriterien mitentscheidend sein. Die vorliegende Motion bezweckt ausschliesslich, dem Grossen Rat die Möglichkeit zu verschaffen, seine Auffassung zur beabsichtigten Konzentration der BFH darzulegen, bevor konkrete Kreditgeschäfte mit sehr hohen Projektierungskosten zuhanden des Grossen Rates vorbereitet werden.

Mit einer öffentlichen Pressekonferenz am 2. Februar 2011 eröffnete der Regierungsrat den Medien seinen Entscheid zur Konzentration der BFH in Bern und Biel und zur Aufgabe des heutigen Standorts in Burgdorf. Eine halbe Stunde vorher informierte er die betroffenen Standortgemeinden mit einer per Fax zugestellten Medienmitteilung und kurzem Begleitbrief. Diese Informationspolitik und die öffentlich kommunizierten Begründungen tragen wenig zum Verständnis des Entscheids bei. Auf dieser dünnen Grundlage wäre es fahrlässig, teure Projektierungskredite auszulösen. Deshalb soll der Regierungsrat in einem umfassenden Bericht die wichtigsten der noch ungeklärten Fragen beantworten. Sie betreffen insbesondere die Regional- und Wirtschaftspolitik bzw. Wachstumsstrategie, für die der Regierungsrat seine Politik wie folgt definierte: *„Die Regionalpolitik ist Teil der Wirtschaftspolitik. Sie will die Wettbewerbsfähigkeit im Berggebiet und im ländlichen Raum stärken, innovative Projekte unterstützen und die Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen“ (Regionalpolitik). „Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Hauptverkehrsachsen (Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel-Moutier) stärken“ (Wachstumsstrategie Version 2007).*

Aber auch die Finanzierung, die Desinvestitionen, die überlasteten Verkehrsträger in der Hauptstadt und die tatsächliche Konkurrenzsituation unter den schweizerischen Fachhochschulen sind für die Entscheidungen im Grossen Rat von hohem Interesse.

Damit die Vor- und Nachteile des getroffenen Standortentscheids mit allen seinen Konsequenzen beurteilt werden können, ist es unerlässlich, die Variante dezentrale Standortkonzentration in Bern, Biel und Burgdorf in der gleichen Planungstiefe auszuarbeiten und die beiden Varianten mit allen ihren Auswirkungen einander direkt gegenüberzustellen.

*Es wird Dringlichkeit verlangt.*

## **Antwort des Regierungsrates**

Damit die Berner Fachhochschule (BFH) auch in Zukunft im hart umkämpften Wettbewerb zwischen den Schweizer Fachhochschulen bestehen kann, hat der Regierungsrat bereits am 14. Oktober 2009 den Grundsatzentscheid gefällt, die Berner Fachhochschule sei auf ein oder zwei Standorte zu konzentrieren. Dies vor dem Hintergrund, dass sich die Standorte der BFH und deren Gebäudeflächen auch mehr als zehn Jahre nach dem organisatorischen kantonalen Zusammenschluss noch immer auf zu viele und zum Teil ungeeignete Standorte in den Agglomerationen Bern, Biel und Burgdorf verteilen. Über den Grundsatzentscheid wurde öffentlich informiert. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion erhielt den Auftrag, in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion und der BFH mögliche Konzentrationsvarianten anhand von immobilienpezifischen und bildungspolitischen Kriterien zu prüfen.

Anfang 2011 lagen die Ergebnisse vor, worauf sich der Regierungsrat am 2. Februar 2011 für eine Teilkonzentration der BFH in Bern und Biel entschied. Dazu wurden im Grossen Rat verschiedene Vorstösse eingereicht.

Der Regierungsrat befürwortet eine transparente und umfassende Information und wird einen Bericht zu allen in der Motion genannten Punkten erstellen lassen. Zusätzlich werden auch die folgenden eingereichten Vorstösse zur Zukunft der Berner Fachhochschule im Rahmen des Berichts behandelt: Die Interpellation 073/11 Zäch, die Interpellation 077/11 Sommer und die Motion 078/11 Etter (ERZ).

Die Motion 056/2011 Geissbühler (ERZ), die ebenfalls die Teilzentralisierung der Berner Fachhochschule betrifft, wurde separat beantwortet.

Der Bericht wird dem Grossen Rat voraussichtlich in der Januarsession 2012 vorgelegt. Bis dahin werden keine Verbindlichkeiten eingegangen, die das weitere Vorgehen präjudizieren würden.

**Antrag:** Annahme der Motion

**An den Grossen Rat**